

AKTUELL

EU-GLYPHOSAT-GENEHMIGUNG

Vergiftete Verhandlungen

Raymond Klein

Die Entscheidung, wie lange Glyphosat noch in der EU verwendet werden darf, wurde vertagt. Drei oder zehn Jahre, Verbot oder Ausstieg - eine Einigung ist nicht in Sicht.

Die Prozesse gleichen einander, die Resultate nicht. 2016 hatte eine Welle von Protesten gegen die Freihandelsabkommen dazu geführt, dass die breite politische Zustimmung für sie aufgebrochen wurde. Das CETA-Abkommen allerdings wurde am Ende doch noch von allen Mitgliedstaaten angenommen, obwohl ein wallonisches Veto die Spannung bis zum Schluss aufrechterhalten hatte. Ähnlich erfolgreich war in diesem Jahr die Mobilisierung gegen das - mutmaßlich krebserregende - Mittel Glyphosat. Doch diesmal fällt es schwer, sich vorzustellen, dass die Anhänger des Herbizids sich durchsetzen und eine Verlängerung der Genehmigung um zehn Jahre oder mehr erreichen.

Im Vorfeld der Sitzung des Experten Ausschusses vom vergangenen Mittwoch hatten sich europaweit Umwelt-NGOs zu Wort gemeldet. In Luxemburg richteten Greenpeace und Mouvement écologique Appelle an die Regierung, im Ausschuss gegen jegliche Verlängerung der Glyphosat-Genehmigung zu stimmen. Und der grüne Europa-abgeordnete Claude Turmes organisierte am vergangenen Montag eine Filmvorführung und eine Pressekonferenz, auf der er einen sofortigen Glyphosat-Ausstieg verlangte. Adressat seiner Forderung war allerdings nicht die Regierung, sondern der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Eine Zurückhaltung, die jener von vor einem Jahr ähnelt, als Déi Gréng das Regierungs-Ja zu CETA als Kompromiss verkauft hatte.

Zuvor hatte die Europäische Bürgerinitiative „Stop Glyphosate“ von Februar bis Juli 2016 1,3 Millionen Unterschriften gesammelt (woxx 1441). Außerdem wurde im Sommer ruchbar, dass der Konzern, der mit Glyphosat am meisten Geld verdient, möglicherweise wissenschaftliche Studien manipuliert hat - Stichwort Monsanto-Leaks. Am 24. Oktober, einen Tag vor der Ausschusssitzung, lehnte das Europaparlament eine erneute Zulassung ab und stimmte für ein Phase-Out des Herbizids. Viviane Reding, Europa-abgeordnete der CSV, ließ wissen, sie



werde, wie schon 2016, gegen die Zulassung stimmen. Allerdings sollen es ihre KollegInnen von der Europäischen Volkspartei gewesen sein, die durchsetzten, dass das mehrheitsfähige Phase-Out sich über fünf statt, wie noch montags von Turmes angekündigt, drei Jahre erstreckt.

Glyphosat-Poker

Zur Erläuterung: Bei einem Phase-Out würde kurzfristig der Einsatz von Glyphosat eingeschränkt und nach fünf Jahren automatisch verboten werden. Am Ende einer Verlängerung bis 2022 stünde dagegen eine erneute Diskussion um eine mögliche weitere Verlängerung oder ein Phase-Out ab 2023 - ein wesentlicher Unterschied! Allerdings hat das Votum des Europaparlaments nur symbolischen Wert - die Entscheidung liegt beim Ausschuss. Oder, falls bis zum Auslaufen der Genehmigung im Dezember keine Einigung erzielt wurde, beim Kommissionspräsidenten.

Vielleicht ist das der Grund, warum im Ausschuss die Verlängerung um zehn Jahre am Widerstand der Glyphosat-GegnerInnen scheiterte, die Verlängerung um sieben, fünf oder drei Jahre dagegen von den BefürworterInnen verhindert wurde. Denn einfach die Genehmigung auslaufen zu lassen, dürfte für Juncker keine Option sein: Ein großer Teil der LandwirtInnen versichert, unmöglich von heute auf morgen auf das Herbizid verzichten zu können.

Der Poker um das Mittel ist allerdings nicht nur für Landwirtschaft und Gesundheit bedeutungsvoll, sondern auch für den Zusammenhalt der EU im Allgemeinen. Die meisten Glyphosat-kritischen Länder, angeführt von Frankreich, liegen im Süden und Westen des Kontinents; auch Luxemburg gehört seit Mittwoch zu dieser Gruppe. Deutschland enthält sich angesichts der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen für eine Jamaikakoalition. Auf der anderen Seite stehen die Glyphosat-Maximalisten: fast das gesamte Osteuropa, mit an erster Stelle Polen - und natürlich dem Vereinigten Königreich. Ein ähnlicher Ost-West-Riss findet sich auch bei anderen Themen und könnte zu einem Bruch führen.

SHORT NEWS

Luxemburger „Sieg“ auf dem Gipfel

(dw) - „Global level playing field“ sei ein Wort, das er in letzter Zeit in Brüssel häufig habe einsetzen müssen, so Luxemburgs Premier Xavier Bettel am Donnerstagabend, als er ungewöhnlicherweise noch vor Abschluss des ersten Gipfeltages eine vorgezogene Pressekonferenz gab. Luxemburg hatte sich zuvor in einem Punkt in der Diskussion um eine andere Besteuerung von Internet-Firmen durchgesetzt: In der Abschlusserklärung wurde das Wort „global“ zu „level playing field“ hinzugefügt ebenso wie der Halbsatz „in line with the work currently underway at the OECD“. Beides stellt sicher, dass die neue Steuer diesen Unternehmen keinen Wettbewerbsnachteil auf dem Weltmarkt bescheren wird. Luxemburg hat sich gemeinsam mit Irland und Zypern dafür eingesetzt, die Steuer nicht im europäischen Alleingang einzuführen. Frankreich und Deutschland gaben überraschend nach. Noch vor dem Gipfel hatten beide Länder zusammen mit anderen auf ein rasches Handeln gedrängt und notfalls ein europaweites Handeln in Sachen digitaler Besteuerung angestrebt. Nun aber berief sich Emmanuel Macron auf eine Deadline, die ebenfalls in der Schlussfolgerung festgehalten wurde. Die Kommission soll Anfang nächsten Jahres einen Vorschlag für ein entsprechendes Gesetz vorlegen. Das hatte sie aber sowieso vor. Bettel besteht seinerseits darauf, dass der Text der Schlussfolgerung nun gilt. Es bleibt jedoch wie immer Raum für Interpretationen. Ein Rückzieher sei dies nicht, so Macron, der die „Stunde der Wahrheit“ fürs Frühjahr ankündigte.

Lanceurs d'alerte : le Parlement européen réagit

(lc) - Il était temps, depuis qu'on en parle, que l'Europe se mette d'accord sur une meilleure protection des lanceurs d'alerte. Et du moins au niveau parlementaire, c'est désormais chose faite : le 23 octobre, le parlement de Strasbourg a voté un texte issu de sa commission juridique demandant à la Commission européenne d'instaurer une meilleure protection des lanceurs d'alerte - dans la mesure où il est avéré que leurs révélations touchent au bien commun des citoyens de l'Union. La balle est donc désormais dans le camp de la commission Juncker, pour qui cette question reste très délicate pour les raisons qu'on connaît.

woxx@home

Angst und Schrecken in der woxx

Die woxx schafft Jobs. Während die Entwicklung bei den meisten großen Medien momentan eher in die entgegengesetzte Richtung geht, vergrößert die woxx einmal mehr ihr Redaktionsteam. Das neueste Mitglied: Joël Adami, 30 Jahre jung, Blogger, Radiomoderator und seit letzter Woche woxx-Redakteur. Einigen LeserInnen dürfte er durch seine Aktivität auf Radio Ara ein Begriff sein - er moderiert dort unter anderem die allseits beliebte Sendung „Angst a Schrecken zu Lëtzebuerg“, in der er sich auf seine ganz eigene Art mit der Aktualität auseinandersetzt. Studiert hat er in Wien, und zwar „irgendwas mit Umwelt, das niemand so richtig versteht“ (in Wahrheit „Umwelt- und Bioressourcenmanagement“ mit Spezialisierung auf Mobilität und Verkehr). Neben seiner Radiotätigkeit betreibt er ein persönliches Blog (www.soulzeppel.in) und verbringt auch sonst viel Zeit mit Schreiben. Journalistische Erfahrungen konnte er bei der „Queesch“ in Luxemburg und beim österreichischen Studierendenmagazin „progress“ sammeln, wo er zuletzt Mitglied im Redaktionsteam war. Neben einiger Sachkompetenz bringt Joël (Kürzel: „ja“) auch eine ordentliche Portion Internetkompetenz mit - genau das, was die woxx in nächster Zeit brauchen wird. Willkommen an Bord!